



Rubrik vom 17. Dezember 2009

Gewerbeverband der Stadt Zürich

Der Schock bringt die Demokratie in Schwung

Die Schweiz macht Schlagzeilen in ganz Europa. Die Minarett-Initiative hat eine breite Diskussion über Verfassungsrechte und Gleichberechtigung ausgelöst. Das ist gut so, denn es war nicht immer so. Vor einigen Monaten haben zum Beispiel 70% des Volkes einem mehr oder weniger totalen Rauchverbot zugestimmt. Ein Beizer, der im eigenen Gebäude wirtschaftet, kann nicht mehr bestimmen, ob in seinem Lokal geraucht wird oder nicht. Aber nicht nur die Wirtschaftsfreiheit, auch die Eigentumsgarantie – eins der wichtigsten Verfassungsrechte – wurde damit empfindlich beschnitten. Aber auch die Bauvorschriften und das Mietrecht höhlen das Grundrecht auf Eigentumsgarantie immer mehr aus. Das alles haben wir ohne weiteres akzeptiert.

Political Correctness beeinflusst die Gefühle nicht

Die «political correctness» wurde in den Sechzigern aus den USA nach Europa importiert, um bestimmte Opfergruppen vor Diskriminierung zu schützen. Weil die Vorbehalte aber die gleichen blieben, war man gezwungen, die Bezeichnungen immer weiter zu verändern. Aus den negroes wurden die «non-whites», dann die «colored people», dann die «blacks» und schliesslich die heute korrekten «African Americans». Wir operieren ähnlich: Wir sagen «Menschen mit Migrationshintergrund» und denken Ausländer. Wir sagen «bildungsfern» und denken dumm. Es ist fraglich, was dieser Sprachtango den Minderheiten bringt. Sicher ist nur eines: dass politische Gruppierungen einseitig bestimmen, wessen Interessen schützenswert sind oder eben nicht.

Wie halten wir es mit der Freiheit?

Von solchen Sprech- und Denkverboten haben die Ausländer gar nichts. Es ist ihnen mehr geholfen, wenn sie frei ihre Partner wählen können, Deutsch lernen, Schulen besuchen und eine Lehrstelle finden. Ein Moslem, den ich kenne, hat für das Minarettverbot gestimmt, weil er nicht will, dass seine Glaubensbrüder ihn in die Moschee drangsaliieren. Religionsfreiheit bedeutet halt auch, keine Religion haben zu müssen.

Die politische Korrektheit hat in den letzten Jahren die demokratische Diskussion viel zu oft abgewürgt. Dagegen wollten viele ein Zeichen setzen und daraus ist – vielleicht sogar aus Versehen (!) – ein Minarettverbot geworden. Wir müssen uns jetzt nicht genieren und auch nicht nach Strassburg rennen. Wir müssen die Dinge ganz einfach beim Namen nennen und Lösungen finden. Ich habe grosses Vertrauen, dass dies gelingt, denn wir sind ein gemäßigtes Volk.

Ein gesegnetes Weihnachtsfest wünscht Ihnen allen!

Richard Späh, Präsident
Gewerbeverband der Stadt Zürich
www.gewerbezuersch.ch